

Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2.
Jahrg.

Der „Beobachter“ kostet vierteljährlich Mk. 2.10 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5/1.

Samstag,
18. September 1920

Anzeigen, die nur in bechränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter“ weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.30, bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.

38.
folge

Inhalt der Nummer:

Die Verhandlungen in Genf.
Mehr Verständnis für das Saargebiet.
Dr. Simons und Herr Erzberger.
Die Schuldigen von Breslau.
Narr oder Betrüger.
Das verhängte Bild in der Nationalgalerie.
Plyschlogisches aus Ludendorffs „Kriegserlebnissen“.
Die Ermordung der Romanows.
Goethe und Schiller als sozialdemokratische Parteihellige.
Analogien.
Spätrommer. Gedicht von Adolf Wurmbach.
Aus Zeit und Welt.
Aus der Partei.
Katholische Eltern vor die Front.

Die Verhandlungen in Genf.

Man muß sich die dargelegten Bestimmungen des Friedensvertrages, die wirtschaftliche Lage Frankreichs und die Gefühle seiner Bewohner vor Augen halten, wenn man die Frage erörtern will, welchen Inhalt die Verhandlungen in Genf haben und welche Ziele insbesondere die französischen Vertreter verfolgen werden. Den französischen Bestrebungen am nächsten stehen zweifellos die Belgier, deren nationale Leidenschaften gegen Deutschland um so mehr zu wachsen scheinen, je mehr sie sich gezwungen sehen, den flämischen Landesteilen Zugeständnisse zu machen. Italiens und Englands Interesse ist demgegenüber vielmehr darauf gerichtet, die aus der Vergangenheit stammenden Geschäfte baldmöglichst zu liquidieren, um für neue Aufgaben neue Verbindungen anknüpfen zu können. Auch sie bindet aber der Vertrag und Rücksichtnahme auf ihre bisherigen Verbündeten.

So wird Deutschland allein auf sich selbst gestellt sein. Es steht einem Gläubiger gegenüber, wie er rücksichtslos kaum gedacht werden kann. Gleichwohl wird es ihm aber gelingen, die Ketten der Schuldknechtschaft allmählich zu zermürben, sofern es hierbei nur in sich selbst geschlossen ist. Denn ebenso wie es nach allgemeinem menschlichem Rechte nicht zulässig ist, daß ein Schuldner nebst seinen Kindern für ein ganzes Menschenalter hindurch in die Gewalt seiner Gläubiger gegeben wird, vielmehr ihm nach Abschluß des Konkurses die Möglichkeit zum Wiederaufbau einer Existenz gewährt werden muß, so kann auch Deutschland nicht auf Jahrzehnte in die Skla-

verei geführt werden, wenn es sich nur selbst nicht aufgibt.

Zu diesem Zwecke muß zunächst deutscherseits alles vermieden werden, was nach einer Anerkennung der im Versailler Vertrage ausgesprochenen Verpflichtungen aussieht. Daß dieser Vertrag das Zerrbild eines Friedens ist, von dem ein Wiederaufbau Europas niemals erwartet werden kann, bricht sich nicht nur in den neutralen, sondern auch in den Feindbündestaaten, mit Ausnahme von Frankreich, immer mehr Bahn. Voraussetzung für die Annulierung der undurchführbaren Bedingungen ist aber für Deutschland, daß es selbst die Undurchführbarkeit immer wieder hervorhebt und sich nicht zu Zusagen drängen läßt. Ergibt sich die Undurchführbarkeit, so handelt es sich um eine unabänderliche Tatsache und nicht um eine Revision des Friedens, bei der die Zustimmung der Parlamente einzuholen wäre.

Es können allerdings nach dem Vertrage vom Wiedergutmachungsausschuß Zwangsmäßig in über Deutschland verhängt werden; aber diese werden schwerlich eine andere Wirkung haben, als die deutsche Leistungsfähigkeit noch weiter herabzusetzen. Das gilt insbesondere von einer Besetzung des Ruhrgebietes. Es mag sein, daß Deutschland dann keine Kohlen von dort mehr erhält, aber die Möglichkeit, aus Deutschland noch nennenswerte Beträge oder Lieferungen herauszuholen, ist dann auch vorbei. Wie soll Deutschlands Industrie Maschinen oder Möbel oder Hausgerät für Frankreichs Wiederaufbau herstellen, wenn ihr die Kohlen entzogen werden. Oder glaubt man etwa, die Industrie insoweit aufrecht erhalten zu können, wenn man ihr die für diese Lieferungen benötigten Kohlenmengen, aber auch nur diese zuführt? Die Industrie wird stets zunächst den eigenen notwendigen Bedarf der in ihr und für sie tätigen Personen, d. h. den Inlandsbedarf herstellen und sich dann erst zu Zwangsleistungen für Dritte bereit finden.

Bei der Kohlenförderung handelt es sich außerdem noch um ein engbegrenztes Gebiet. Wie aber will Frankreich seine gewaltigen Holzansforderungen zur Durchführung bringen? Ein Zwang, der bis in die Wälder getragen werden müßte, ist doch völlig ausgeschlossen. Allerdings wird Deutschland bei einer Besetzung des Ruhrlohlenggebietes nicht nur ganz außerordentlich schweren wirtschaftlichen Leiden, sondern wahrscheinlich auch schweren innerpolitischen Erschütterungen ausgesetzt sein, die vielleicht sogar zu einer Auflösung des Reiches führen können. Aber wenn in Deutschland der Bolschewismus die Herrschaft an sich reißt, wird er schwerlich vor dem Ruhrgebiet halt machen. Wie schwer es ist, selbst mit starker militärischer Besetzung große

Industrieregionen in Schach zu halten, haben die Franzosen im Saargebiet und in Oberschlesien erfahren, und ob die öffentliche Meinung der Welt, die doch an der Pazifizierung Europas ein allgemeines Interesse hat, auf die Dauer den französischen Militärbefehlshabern freie Hand lassen würde, erscheint zum mindesten doch zweifelhaft.

Ob ferner eine Auflösung des Reiches wirklich das Ende Deutschlands bedeuten würde, wie vielfach behauptet wird, muß doch bezweifelt werden. Der nationale Gedanke, der seit dem vorigen Jahrhundert in allen Völkern sich mehr und mehr durchsetzt und ihre Geschichte beeinflusst, wird durch eine neue Teilung des Reiches schwerlich zurückgedrängt, vermutlich aber gewaltig gefördert werden; hat sich doch sogar eine Partei, die stets jede separatistische Bestrebung unterstützt oder doch beschützt hat, wie das Zentrum, durch die Not der Zeit veranlaßt gesehen, eine Vereinheitlichung auf Gebieten zu betreiben, deren Überlassung an das Reich früher völlig undenkbar gewesen wäre. Sehen wir doch selbst in dem wirtschaftlich aufs äußerste zerrütteten Österreich immer gewaltiger den Wunsch nach einem baldigen Anschluß an Deutschland wach werden, obwohl die Zustände bei uns zur Zeit keineswegs besonders anziehend sind.

Für die Entente und vor allem für Frankreich ist überdies eine Auflösung Deutschlands keineswegs von Vorteil. Der Traum, den Osten Europas durch Polen in Ruhe halten zu können, dürfte endgültig verfliegen sein. Fünf bis sechs deutsche Mittelstaaten werden militärisch sehr viel schwieriger zu beaufsichtigen sein, als ein einheitliches Reich, bei dem die Fäden der Verwaltung alle an einer Stelle zusammenlaufen. Die Furcht vor geheimen Bündnissen würde nicht aufhören. Vor allem aber wäre von der Zahlung einer Kriegsschadensabgabe in bar oder in Lieferungen nicht mehr die Rede. Denn im Westen und Süden müßte Frankreich mit solchen Forderungen zurückhalten, um sich seines Einflusses nicht zu berauben, und in der Mitte und im Osten würden ihm die Machtmittel fehlen, seine Diktate durchzusetzen.

So ist Deutschlands Lage nicht anders als die eines jeden Schuldners. Hartherzige Gläubiger können ihn wohl in den Schuldturn werfen und seelisch und körperlich peinigen, aber sie berauben sich selbst damit der Aussicht, daß er seine Schuld durch Arbeit abträgt. Wünschen sie, daß ihre Forderungen bezahlt werden, so werden sie ihn nicht drangsalieren dürfen, sondern ihm vielmehr mit allen Kräften — nötigenfalls mit neuen Geldopfern — behilflich sein müssen, sich eine neue Existenz zu schaffen. Dies ist eine so alltägliche Weisheit, daß man nicht verstehen könnte,

wenn sie den Staatsmännern der Entente nicht bekannt sein und von ihnen nicht beachtet werden sollte. Sie versuchen es zwar zurzeit noch mit Drohungen, werden sich aber ihrer schwachen Position — trotz aller verbrieften Rechte — bewußt sein.

Zu wünschen ist, daß diese Gesichtspunkte sich auch in Deutschland mehr und mehr Geltung verschaffen. Wir werden dann endlich aufhören, uns vor Drohungen zu fürchten, die letzten Endes keine sind, und werden unsere Interessen so vertreten, wie es für uns und schließlich auch für unsere Gegner am nützlichsten ist. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß wir uns der Schadenspflicht entziehen sollen. Sie soll nur zurückgebracht werden auf das Maß, zu dem wir uns im Waffenstillstandsabkommen verpflichtet haben. Die Zahlung der Kriegs- und Hinterbliebenenrenten, deren Kapitalwert angeblich schon allein auf 100 Milliarden Goldmark zu schätzen ist, ist von uns damals nicht gefordert und auch nicht anerkannt worden. Lediglich die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete haben wir anerkannt, und auch hier müssen wir unbedingt darauf bestehen, daß sich die Höhe unserer Ersatzleistung in den Grenzen des tatsächlichen Schadens hält. Die Welt ist in den letzten Jahren von Frankreich über die Höhe des wiedergutzumachenden Schadens planmäßig getäuscht worden. Für das gesamte besetzte französische Gebiet ist der gesamte Vorkriegswert einschließlich der Acker, Kohlenfelder usw. und des beweglichen Sach- und Kapitalvermögens seiner Bewohner nach gründlicher Prüfung auf etwa 35 bis 40 Milliarden Mark geschätzt worden. Von diesen Gebieten sind zahlreiche Gegenden, insbesondere weite Ackerflächen, von der Kriegszerstörung gar nicht betroffen worden, auch sind die Depots in den Banken nicht angetastet bzw. zurückgegeben worden. Gleichwohl wird von französischen Staatsmännern ein Schadenersatz gefordert, der den obigen Gesamtwert des besetzten Gebietes um ein Vielfaches übersteigt.

Diese Unaufrichtigkeit, die sich auch durch die Vertragsbestimmungen selbst wie ein roter Faden hindurchzieht, muß von deutscher Seite immer wieder beleuchtet werden und die Politik der Rabenstiche und Belästigungen z. B. in den Verkehrsfragen zurückgewiesen werden. Die Abspernung Deutschlands von der Außenwelt ist gefallen. Die Verhandlungen in Genf spielen sich unter den Augen der ganzen Welt ab, und die Worte der deutschen Vertreter werden überall gehört werden. Da ist es nötig, daß sie mit Würde, Festigkeit und rücksichtsloser Offenheit ihren Standpunkt klarlegen und sich stets bewußt sind, daß sie es nicht nötig haben, vor einem Gegner zurückzurückweichen, für den unsere Zahlungen den letzten Rettungsanker bedeuten. Ganz besonders aber müssen sie es vermeiden, irgend ein Zugeständnis zu machen, das von Deutschland nicht ungewisselt erfüllt werden kann. Die Überzeugung, daß Deutschland gezwungen ist, mit dem Frieden von Versailles Unmögliches zu unterschreiben, bricht sich in der Welt mehr und mehr Bahn. Überall und wohl selbst in Frankreich erkennt man, daß manche Bestimmung unausgeführt bleiben wird und muß. Man lernt verstehen, daß auch für Deutschland der Satz gilt: „ultra posse nemo obligatur“, aber man würde es nicht begreifen, wenn Deutschland sich auch heute noch die Übernahme unmöglicher Verpflichtungen abpressen läßt.

Das hat insbesondere von den Schuldverschreibungen zu gelten, welche die Gegner ausgehändigt haben möchten, um die deutsche Schuld zu mobilisieren. Durch die Ablehnung, mit Deutschland den Friedensvertrag vor seinem Abschluß zu erörtern, haben unsere Gegner selbst vor aller Welt bekundet, daß wir zu seiner Unterschrift gezwungen sind. Erzwungene Willenserklärungen zu widerrufen, sobald der Zwang aufhört, ist ein in den Gesetzen aller Staaten verbrieftes Recht, dessen Anwendbarkeit im Völkerrecht füglich nicht bezweifelt werden kann. Selbst wenn wir uns von Revanchegedanken durchaus frei wissen, haben wir doch allen Anlaß, auf das Recht zur Anfechtung des Versailler Friedens für uns und unsere Kinder nicht zu verzichten. Dieses Rechts begreifen wir uns aber, wenn wir jetzt, nachdem uns Gelegenheit zur Äußerung gegeben wird, neue Verpflichtungen unterschreiben.

In Spa lagen in dieser Hinsicht die Dinge doch anders. So verpflichteten wir uns in der Kohlenfrage nur auf 6 Monate, während wir jetzt Wechsel unterschreiben sollen, die auf länger als ein Menschenalter ihre Verbindlichkeit behalten werden.

Es hat den Anschein, als wenn unsern Sachverständigen in Genf zunächst die gewaltigen Summen mitgeteilt werden sollen, deren Erstattung die Gegner nach ihrer Auffassung von uns verlangen können. Man gibt Deutschland damit das ihm im Friedensvertrag zugestandene Gehör, aber gleichzeitig wird man Deutschland wissen lassen, daß man bereit sei, einen großen Abstrich zu machen, falls Deutschland freiwillig ein angemessenes Angebot abgibt, andernfalls aber mit Eintreibung der ganzen Summe unter den schrecklichsten Zwangsmaßnahmen drohen und über den Einwand der Gefahr des Bolschewismus, wie bisher stets, lächelnd als über eine Albernheit hinweggehen. Bei Besprechung unter vier Augen wird man dann die Summe mitteilen, deren Zusage man von Deutschland erwartet und nicht eher ruhen, bis man den Widerstand der Delegierten zermürbt und das erwartete Angebot erhalten hat. Mit diesem Angebot aber hat man dann uns und unsere Kinder für alle Zeit festgelegt. Man wird die Welt zunächst glauben machen, daß Deutschland die von ihm „freiwillig“ zugesagte Summe auch zahlen kann, um eben diesen Betrag auf dem internationalen Geldmarkt mobilisieren zu können. Wenn dann Deutschland den Schuldendienst, wie zu erwarten, nach einiger Zeit nicht mehr erfüllen kann, dann hat man die Stellung eines Bankiers, der Aktien eines unsoliden Unternehmens emittiert und alsbald abgestoßen hat, und wird es im übrigen nicht fehlen lassen an abfälligen Äußerungen über die Unredlichkeit und Unzuverlässigkeit Deutschlands. Dies aber sieht sich jetzt nicht mehr den Vertretern des Feindbundes, sondern den zahllosen, in aller Welt verstreuten Besitzern seiner Schuldverschreibungen gegenüber und beraubt sich und vor allem seinen Handel um den letzten Rest des Kredits.

Eine derartige Zermürbung unseres Widerstandes, wie sie vorstehend geschildert ist, wird dem Gegner überaus erleichtert durch die Art und Weise, wie bisher derartige Tagungen von Deutschland beschickt sind. Während die Gegner nur durch wenige Personen vertreten sind, erscheint von deutscher Seite stets eine Fülle von mehr oder weniger sachkundigen Personen. Deren Widerstandsfähigkeit ist aber schon deshalb nicht allzu hoch anzuschlagen, weil sich, je größer der Kreis der Beteiligten ist, um so leichter Persönlichkeiten finden, die den Zusäuerungen und Drohungen der Gegenseite zugänglich sind. Der Wille zur mannhaften Tat und vor allem das Verantwortungsgefühl des Einzelnen wird erfahrungsgemäß um so geringer, je mehr Personen an den Beschlüssen mitzuwirken haben. Deshalb sollte man, wie es der Völkerbund für die Verhandlungen in Brüssel — augenscheinlich im Hinblick auf diese unsern Gegnern stets lächerlich erscheinende Gepflogenheit — ausdrücklich vorgeschrieben hat, nur drei Vertreter nach Genf entsenden und diesen zuvor klar vor Augen stellen, welche gewaltige Verantwortung sie bei Anerkennung jedweder deutscher Schuld für uns und unsere Kinder übernehmen.

Wer es ernst mit einer einmal gegebenen Unterschrift nimmt, wird heute überhaupt keine feste Zahlungsverpflichtung für Deutschland übernehmen können, sofern nicht auch die Entente ganz bestimmte Erklärungen abgibt, die den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens gewährleisten. Da aber nicht anzunehmen ist, daß die Gegner solche Erklärungen abgeben werden und daß ihnen die geringe Summe genügen wird, die ohne solche Zusicherungen zugesagt werden kann, so kann nur gewünscht werden, daß unsere Delegierten sich jeglichen Vorschlags enthalten und lieber das Diktat über sich ergehen lassen. Dieses anzuerkennen wird man sich wehren müssen und können. Sollten aber die Daumstrichen gar zu sehr angezogen werden, so ist es Aufgabe der Presse aller Richtungen, im Interesse unserer Zukunft mit aller Schärfe auf die unerhörte und mit dem Waffenstillstand nicht zu vereinbarende und daher betrügerische Vergewaltigung hinzuweisen. Dann findet sich hoffentlich auch der Unterhändler, der bei Vollzug des abgepreßten

Anerkennnisses seinem Namen das Wort hinzusetzt „Gezwungenermaßen!“ und damit den Gegnern sowohl die Mobilisierung der Schuld auf dem internationalen Geldmarkt vereitelt als ihnen auch die Grenzen ihrer Macht endlich einmal vor Augen führt. Dann wird vielleicht auch der Tag kommen, wo die jetzigen Machthaber in Frankreich und England ihre Ministerstühle verlassen und einer Regierung Platz machen müssen, die ernstlich gewillt ist, gemeinsam mit Deutschland den Aufbau Europas in Angriff zu nehmen.

Mehr Verständnis für das Saargebiet.

Das Bestreben der Saarregierung, das Saargebiet zu verwelfchen, wird immer deutlicher und klarer. Folgende Tatsachen lassen sich bestimmt feststellen:

1. Die leitenden Stellen im Beamtentum werden trotz allen Einspruchs der Beamtensorganisation des Saargebietes durch Ausländer (Franzosen) ersetzt. Präsident Rault hat zwar bestimmt versprochen, daß Ausländer nicht mehr als Beamte angestellt werden sollen. Er legt dieses Versprechen aber in folgender Form aus: Beamtenstellen können nur Saarbewohner erhalten, Saarbewohner sind bei ihm aber alle Ausländer, wenn sie drei Tage im Saargebiet gewohnt haben. Um möglichst schnell Franzosen als Beamte unterbringen zu können, werden die bisherigen deutschen Beamten ohne Verhör, ohne Urteil mit Hilfe eines Ausweisungsbefehls, den jeder französische Untersoffizier ausfüllen kann, mit den Worten „élément dangereux“ oder „sujet dangereux“ ausgewiesen.

2. Zwischen Beamten- und Arbeiterschaft wird mit allen möglichen Mitteln Mißtrauen gesät; z. B. hat man ein Prämiensystem für hohe Leistungen eingeführt. Dadurch werden die Arbeiter gegen die Beamten aufgebracht; aber allmählich bricht die Erkenntnis durch, was bezweckt wird.

3. In die Arbeiterschaft selbst sucht man einen Keil dadurch zu treiben, daß man von Zeit zu Zeit eine bestimmte Berufsgruppe von Arbeitern besonders begünstigt, z. B. dadurch, daß man den Bergarbeitern Lebensmittel zu ganz geringen Preisen zur Verfügung stellt, dagegen anderen Arbeitern, z. B. Eisenbahnarbeitern usw., diese Vergünstigung nicht zugute kommen läßt.

4. Das französische Kapital hat nicht nur die Gruben zur Ausbeutung erhalten, sondern es beteiligt sich an allen bedeutenden Industrieunternehmungen, zum Teil mit 60 Proz. der Aktien. Beispiele hierfür sind in Neunkirchen, Homburg, St. Inbert und Saarbrücken zu finden. Ja, es wird erstrebt, schon zum 1. Oktober die Leitung verschiedener Werke einer französischen Diszertion zu übergeben.

5. Die französische Propaganda sucht vor allen Dingen die Presse in ihren Besitz zu bekommen. Zu diesem Zweck werden zahlreiche deutsche Schriftleiter ausgewiesen.

Alle Bemühungen der Saarregierung finden leider Unterstützung durch gewissenlose deutsche Angeber, die für wenige Franken Verrat an ihren Landsleuten üben. Jedoch kann man sagen, daß die Mehrzahl bis auf einzelne ganz wenige der Deutschen im Saargebiet sich auf ihr Deutschtum besinnen. Dies trat besonders klar in Erscheinung in dem Generalstreik am 13. August, bei dem nicht nur Angestellte und Arbeiter, sondern die ganze gewerbstätige Geschäftswelt mitfeierte; es war ein selten einmütiger Protest im ganzen Saargebiet.

Wenn man bedenkt, daß dieser Zustand 15 Jahre dauern soll, dann wird man erkennen können, daß unsere deutschen Landsleute im Saargebiet einen sehr schweren Stand haben und vor allen Dingen Anspruch darauf haben, bei uns, die wir nicht unter der Krute einer rücksichtslosen Fremdherrschaft leben, mehr Verständnis zu finden und, falls sie ausgewiesen werden, außer den keineswegs zureichenden Staatsunterstützungen durch private Mittel unterstützt zu werden, damit sie, wenn sie durch das Einschreiten deutscher Behörden wieder ins Saargebiet zurückkehren, weiterhin freudig für die deutsche Sache eintreten können und nicht schlechte Erinnerungen an ihren unverschuldeten Aufenthalt in der deutschen Heimat zurückbehalten.

Dr. Simons und Herr Erzberger.

Ueber Herrn Dr. Simons sind während seiner Schweizer Reise Interviews veröffentlicht worden, die nur mit äußerster Vorsicht zu genießen sind. Seine angeblichen Behauptungen über ein militärisches Vorgehen Deutschlands gegen Polen hat er im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten bereits auf das richtige Maß zurückgeführt. Ferner hat er, wie wir mitteilen können, durchaus auch nicht, wie es die „Basler Nationalzeitung“ meldete, sich über Stinnes in der Weise ausgesprochen, als ob Stinnes sich nur persönlich an der Macht halten wolle, noch hat er von der Notwendigkeit der sozialdemokratischen Kontrolle in der Regierung etwas gesagt, sondern nur angedeutet, daß die Sozialdemokratie als die stärkste Partei sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt sein müsse und dieser am besten dadurch gerecht werden könne, wenn sie sich an der Regierung beteilige. Ein Standpunkt, den übrigens die Deutsche Volkspartei vollkommen anerkennt. Neuerdings geht ein Gerücht durch die Zeitungen, das der „Bayrische Kurier“ aufgebracht hat, Dr. Simons habe die Absicht, Herrn Erzberger im Auswärtigen Amt zu beschäftigen. Wir glauben sehr wohl, daß Herr Erzberger seine politischen Ambitionen noch nicht begraben hat, aber wir glauben mit Recht annehmen zu dürfen, daß Herr Dr. Simons für den Mann, der mit dem Vertrag von Versailles aufschlammte vor dem deutschen Volk belastet dasteht, nicht viel mehr übrig haben wird, als die Anerkennung seiner Strebsamkeit und das vernichtende Urteil über seine Unzuverlässigkeit.

Die Schuldigen von Breslau.

In dem innerdeutschen Meinungsstreit über die Vorgänge in Breslau ist noch nicht mit der notwendigen rücksichtslosen Schärfe betont worden, wem Deutschland letzten Endes die an diese Vorgänge sich anschließenden Demütigungen zu verdanken hat. Das Reich ist selbstverständlich zu den völkerrechtlichen Wiedergutmachungen verpflichtet, aber damit kann für uns die Sache keineswegs erledigt sein. Bei den Vorfällen vor der französischen Botschaft in Berlin lag doch, um diesen Fall noch einmal heranzuziehen, die Sache so, daß für die öffentliche Ordnung in Berlin nicht das Reich, sondern einzig und allein das preussische Innenministerium und seine Organe verantwortlich zu machen sind. Die Veranstaltung der französischen Feier war bekannt gegeben worden, und wenn Herr Severing sein Amt korrekt und sorgfältig verwaltet hätte, hätte er sich sagen müssen, daß hier Gelegenheit war, wo Gefühlsminen explodieren konnten; Vorsichtsmaßnahmen waren zwar getroffen, aber längst nicht umfänglich, nicht umfangreich genug.

Biel schlimmer, ja geradezu katastrophal aber lagen die Dinge in Breslau. Daß die ungeheure Gärung der schlesischen Bevölkerung in der Landeshauptstadt einen Brennpunkt finden mußte, war klar. Als hier am 26. August die bürgerlichen Parteien ihre Protestkundgebungen angekündigt hatten, hätten von der Provinzialverwaltung und dem Polizeipräsidenten die schärfsten Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden müssen, zumal ja bekannt ist, daß in solchen Augenblicken gefinnungsloser Mob und Janhagel immer bereit ist, Radau zu machen, zumal auch bekannt sein mußte, daß polnische Agitatoren eine solche Gelegenheit für ihre unsauberen Geschäfte ausnützen würden. Aber die Organisation der öffentlichen Sicherheit hat hier vollkommen versagt. Sie hat in unverzeihlicher Weise weiter verlagert, insofern, als vor den beiden Hotels „Bier Jahreszeiten“ und „Fürstenhof“ bereits Ausschreitungen vorgekommen waren. Danach zogen nämlich die radaulustigen Elemente vor das polnische Konsulat und konnten dieses, da es ebenfalls unbesetzt war, stürmen. Zwanzig Minuten später, Zeit genug, um nach dem bereits vorgefallenen Sicherheitspolizei und Polizei in verstärktem Maße aufzubieten, wurde das französische Konsulat gestürmt. Auch da hatte man nicht einmal im letzten Augenblick den Versuch gemacht, das Äußerste zu verhindern. Erst, als der Mob auch das Judenviertel stürmen wollte, griff die Sicherheitswehr ein.

Angeichts solcher Vorkommnisse muß man denn doch fragen, ob hier nicht die maßgebenden Verwaltungsorgane, der sozialdemokratische Oberpräsident Zimmer und der sozialdemokratische Polizeipräsident Ernst, sich sträflichsterlässigkeit und Gleichgültigkeit schuldig gemacht, und, wenn man annehmen will, daß sie bona fide gehandelt und nicht gehandelt haben, sich nicht als vollkommen unfähig erwiesen haben, in solch brenzlichen Zeiten und an solch brenzlichem Ort derartig verantwortungsvolle Ämter zu bekleiden. Was soll man dazu sagen, daß Herr Ernst ausgerechnet am dem Tag der angekündigten Demonstrationen einen Ausflug, und wenn schon einen sogenannten dienstlichen machen zu müssen glaubte? Solche Harmlosigkeit schlägt denn doch dem Faß den Boden aus. Und was ist nach dem Unglücksfall vor den hochwohlwollenden Spitzen der Behörden zur Aufklärung geschehen? Nichts, gar nichts. Nicht einmal Verhaftungen haben stattgefunden. Man hat vielmehr aus Parteirücksichten das größte Interesse daran, daß die Mär noch weiter aufrecht erhalten wird, die schuldigen Elemente seien sogenannte reaktionäre Kreise. Mit welchem Erfolg das bereits geschehen ist, zeigt die französische Sühnenote. In zweiter Linie schuldig sind die Beamten der Herren Zimmer und Ernst. Man hat ja in Preußen die Verwaltung, den Ordnung- und Sicherheitsdienst und alles mögliche nach revolutionären Grundsätzen „umorganisiert“ und ist jetzt dabei, auf Herrn Severings Geheiß die Umorganisation des Polizeiwesens „auszubauen“. Selbstverständlich mußten und müssen dabei die altbewährten Beamten über die Klänge springen und an ihre Stelle Leute treten, die nichts anderes aufzuweisen haben, als ihr sozialdemokratisches Parteibuch und, daß sie seinerzeit am lauteften über das alte Regime tratscht haben. Diese sozialdemokratische Lotter- und Brändenwirtschaft wird über kurz oder lang in Preußen den Anarchismus zum Gesetz erheben und damit wird der von Preußen am Reich begonnenen Zertrümmerung die Krone aufgesetzt.

Die Folge dieser Wirtschaft von oben ist die vollkommene Desorganisation der untergeordneten Stellen; Verwirrung, Pflichtverfall, Unzuverlässigkeit, wie es mit dem Polizeiwesen in Preußen zurzeit bestellt ist und wie die neuen Herren Präsidenten ihr Amt auffassen. In Breslau sind nicht nur unter Herrn Ernst, sondern schon unter seinem Vorgänger, der von Beruf Fleischermeister war und dessen Frau sich dadurch bekannt gemacht hat, daß sie sich beim Preistanken den ersten Preis im Cancantanz errungen hat, die Verhältnisse so weit gediehen, daß sie kaum noch schlimmer werden können. Wohin solche Leute das preussische Polizeiwesen bringen werden, ist nicht schwer zu erraten; man denke auch an den Königsberger Polizeipräsidenten Lübbing, der wegen Körperverletzung und Hausfriedensbruch mehrfach vorbestraft worden ist, und an solche Musterknaben, wie den Polizeipräsidenten Apich von Neudöhlen, der seine eigenen revidierenden Beamten in betrunkenem Zustand aus einem Berliner Lokal nach der Polizeistunde hinausgeschmissen hat, weil er noch weiter kneipen wollte.

Es ergibt sich aus alledem, daß das Reich das Weiterbestehen der preussischen Lotterwirtschaft keinesfalls mehr weitergestatten kann, daß es im Interesse des Volksganzen bestrebt sein muß, der sozialdemokratischen Herrschaft in Preußen ein Ende zu machen. Es muß vermieden werden, daß, wie es doch tatsächlich geschehen ist, das Reich in außenpolitische Konflikte kommt, die letzten Endes ihren Grund haben in der Fahrlässigkeit und Unfähigkeit der sozialdemokratischen Parteibonzen. Nur Neuwahlen können diesen Zuständen ein Ende machen und eine Regierung in Preußen, die in ihrer Zusammensetzung der des Reiches entspricht und sich von denselben Grundsätzen leiten läßt wie die des Reiches. Preußen ist immer noch der größte Bundesstaat Deutschlands, und haben wir erst dort die vollständige Anarchie, haben wir sie auch in Deutschland.

Narr oder Betrüger.

Als vor einigen Tagen der bekannte General Hoffmann in einer öffentlichen sozialdemokratischen Versammlung das Wort ergriß, wurde ihm bei Erwähnung des Versailler Schandfriedens „Brest-Litowsk“ zugerufen. Daß es doch immer noch Deutsche gibt, die nicht davon ablassen können, ihr Volk als „Kriegsschuldige“ und Brest-Litowsk als Vorbild von Versailles hinzustellen. Gewiß hat Deutschland für die ungeheuren Zerstörungen in Ostpreußen eine Entschädigung von 6 Milliarden verlangt, aber nie und nimmer läßt sich der Brest-Friede mit dem Versailler Diktat vergleichen. Wo gibt es im ganzen Brest-Vertrag eine Bestimmung, die die moralische, politische, wirtschaftliche und finanzielle Vernichtung Rußlands bedeutet hätte? Wo eine Bestimmung, die in irgend einer Weise den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands unmöglich gemacht oder gar die dauernde Entwaffnung Rußlands verlangt hätte? Daß entgegengesetzte Anschauungen überhaupt entstehen konnten, ist auf die zielbewußten Lügen der feindlichen Agitation und das nicht minder verderbliche dunkle Treiben unserer U. S. P. D.-Leute zurückzuführen. Es scheint deshalb angebracht, an das Urteil zu erinnern, das die Sozialistische Korrespondenz im Dezember 1918 über den Brest-Frieden fällt, als schon damals von Seiten der Entente mit landesverräterischer Unterstützung der U. S. P. D. Brest-Litowsk als Vorbild eines Vernichtungsfriedens in der Absicht hingestellt wurde, die Welt auf Versailles vorzubereiten. Die Sozialistische Korrespondenz schrieb damals:

Der Brest-Friede mit Rußland hatte zwei Hauptbestimmungen: 1. die Selbstständigkeit der Randstaaten, 2. gegenseitigen Verzicht auf Ersatz aller Kriegskosten und Kriegsschäden. Diese beiden Punkte entsprechen restlos den Grundsätzen der sozialdemokratischen Internationalen, und es war übertrieben ängstlich und international gewissenhaft, daß die alte sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem Brest-Litowsker Frieden nicht zustimmte, sondern sich dabei der Stimme enthielt.

Nichts liegt uns ferner, als heute der Partei einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie damals nicht für den Brest-Frieden gestimmt hat. Aber feststellen müssen wir, daß der Brest-Friede keineswegs das Gewaltschloß war, das die Entente, die unabhängige Lüge und die Schwäche zahlreicher Parteigenossen gegenüber diesen Lügen aus ihm gemacht hat. Die Beschlüsse der internationalen sozialistischen Konferenzen von Amsterdam und Luzern sind eine vollständige Rechtfertigung des Brest-Friedens. Wer ihn mit dem Schand- und Mordfrieden von Versailles vergleicht, ist als Deutscher ein Narr oder ein Betrüger, oder als Franzose wie Renaudel ein sehr geschickter Debatter.

Leider sind diese Narren und Betrüger noch nicht ausgestorben, sondern treiben innerhalb und außerhalb Deutschlands weiter ihr verderbliches Wesen.

Das verhängte Bild in der Nationalgalerie.

Auf Anordnung des preussischen Kultusministeriums wurde in der Berliner Nationalgalerie ein Gemälde Anton v. Werners verhängt, das den deutschen Sieg 1870/71 darstellt. Als Grund für diese höchst bestrebliche Maßnahme wird angegeben, es sollte verhütet werden, daß „Ausländer Anstoß daran nehmen“. Es wäre doch wohl nötig, daß man von amtlicher Seite nähere Aufklärung darüber gibt, was diese Worte bedeuten sollen. Es ist noch niemals sonst bekannt geworden, daß man in einem anderen Staate eine derartige Rücksicht auf unberechtigte Gefühle von Ausländern genommen hätte, auch nicht, daß Ausländer so unerschämte gewesen seien, an ruhmreichen geschichtlichen Erinnerungen des Landes, in dem sie Gastfreundschaft genießen, Anstoß zu nehmen oder gar zu äußern, daß sie das täten. Das deutsche Volk hat sonach ein Recht, zu erfahren, wie das preussische Kultusministerium zu der Ansicht kommt, es könnten Ausländer an diesem Gemälde „Anstoß nehmen“.

liegt etwa ein besonderer Anlaß zu dieser Annahme vor? Haben etwa Kommissionsmitglieder der Entente, wie sie sich in unseren Hotels und Straßen als die Herren auspielen, ohne Rücksicht darauf, ob sie Anstoß erregen, haben etwa die Herren Franzosen in Berlin auch schon das Recht in Anspruch genommen, unsere Kunstsammlungen zu kontrollieren? Wenn das der Fall sein sollte, hat die Regierung die Pflicht, das deutsche Volk davon zu unterrichten; denn wir müssen wissen, was wir eigentlich im eigenen Lande noch dürfen und was nicht. Wir glauben aber einstweilen nicht, daß der angegebene Grund der wirkliche zur Verhängung des Gemüdes ist. Es sind vielmehr die der Regierung unangenehmen Gefühlsäußerungen des deutschen Volkes, gegen die sich diese Maßnahme des Ministeriums richtet. Man hört ja überall an den geschichtlichen Stätten der deutschen Reichshauptstadt stets das Wort: „Früher war es doch ganz anders!“ Die Erinnerungen an die große, glückliche Zeit des Kaisertums, die überall vor Denkmälern, Bildern usw. aus jenen Tagen nachwachen, lassen selbst gänzlich Unbekannte sich in derartigen Äußerungen zusammenfinden, Äußerungen, die erklärlicherweise in bitteren Bemerkungen über die jetzigen schmachvollen Zustände und über diejenigen Gipfeln, denen wir das Unglück des Vaterlandes verdanken, die Mäher und Ruhiener der Revolution. Das ist den heutigen republikanischen Machthabern natürlich sehr unbequem; sie möchten deshalb am liebsten alles, was an die große Vergangenheit Deutschlands erinnert, beseitigen oder doch verhüllen. Das nützt ihnen aber nichts. Die Äußerungen, die jetzt vor dem verhängten Bilde fallen, sind noch viel härter und vernichtender für das neue sozialistisch-demokratische System und seine Errungenschaften.

Psychologisches aus Lubendorffs „Kriegserinnerungen“.

„Die breite Masse des Bürgertums ging in ihrer Vielfältigkeit, ihrem Innerallesbesserwissen und ihrer Disziplinlosigkeit eigene Wege und hielt sich in geistigem Hochmut in ängstlicher Zurückhaltung und Charakterlosigkeit abseits. Auch ihr mangelte Verantwortungsgefühl dem Vaterlande gegenüber.“ (Seite 292.)

„Während die Kommandobehörden sich ängstlich der Geheimhaltung befleißigten, brachte die dem Deutschen angeborene Mitteilungssucht und Großprahlerei die wichtigsten und geheimsten Dinge an die Öffentlichkeit und damit auch an den Feind.“ (Seite 535.)

„Der Weg, den unsere innere Entwicklung gegangen war, hatte nicht Raum zur Entfaltung von Persönlichkeiten gegeben. Es war ganz auffallend, wie der Offizierstand, dessen Mitglieder als die gebundensten angesehen wurden, entscheidungsfindende Charaktere großzogen, dagegen die Beamtenlaufbahn das in so ausgesprochenem Maße leider nicht vermocht hatte. Führende Männer des öffentlichen Lebens hielten sich abseits und gingen ihren Berufen nach. Vielleicht waren im Reichstage ausgesprochene Persönlichkeiten vorhanden, die die Geschichte des Landes leiten konnten. Bei dem herrschenden Parteienwesen war es ausgeschlossen, daß sie hervortraten. Wir waren arm an Männern. Neue schöpferische Köpfe hatte unser politisches System nicht hervorgebracht. Es hat sich durch seine Unfruchtbarkeit sein Urteil gesprochen.“ (Seite 364.)

„Wir traten ohne Nationalbewußtsein zu früh in die Welt, wir fanden in unserem ganzen, durch fremde Einflüsse genährten, weltbürgerlichen Sinn nicht den Ausgleich zwischen dem nationalen und internationalen Denken und zwischen unseren Interessen, die in der Heimat und in der Welt lagen.“ (Seite 288.)

„Schwarzseher sind immer kluge Leute; wenn das Unglück eintritt, dann werden sie wegen ihrer Weisheit angestaunt. Die Menge streut ihnen und damit auch sich Weihrauch. Sie hat das Unglück immer vorausgesehen. Tritt es nicht ein, dann sind Schwarzseher und Menge erst recht zufrieden. Beide haben es immer gut. Die Männer der Tat sind schlechter daran. Sie sind nur gerechtfertigt, wenn Erfolg eintritt. Dann

jubelt ihnen allerdings die Menge zu. Wird der Erfolg nicht erzielt, kommt sogar Unglück, dann steinigt dieselbe Menge jene Männer der Tat. Schwarzseher und Menge fragen nicht, was haben sie, was haben die Männer der Tat zur Verhütung des Unglücks getan.“ (Seite 354.)

Die Ermordung der Romanows.

Die „Köln. Ztg.“ bringt aus den „Times“ einen Bericht über das Ende der ganzen Zarenfamilie Romanow nach den Schilderungen eines Berichterstatters des englischen Blattes, der sich dem Untersuchungsrichter angeschlossen hatte, den die sibirische Regierung des Admirals Kertsch mit den Ermittlungen über die Ermordung der Zarenfamilie beauftragt hatte. Wir entnehmen dem Bericht das folgende:

Das Ende der Zarenfamilie.

Am 27. April bezog der ehemalige Selbstherrscher sein letztes Gefängnis. Es war das von den Bolschewisten beschlagnahmte Spatowsche Haus. Das Haus liegt an der Ecke des Auferstehungsplatzes und der Auferstehungsstraße. Es hat ein einziges Obergeschoß, einen Garten und einige Nebengebäude, in die man durch ein Tor von dem Platz aus gelangt. Da die Straße von dem Platz ab steil abbiegt, läuft das Erdgeschoß dort schief, und die Räume liegen zum Teil unter dem Straßenspiegel. Die Fensterscheiben wurden getüncht, so daß nicht zu sehen war, was draußen vorging. Die Befestigungen durch die vielen Wachtposten, rohe Gefellen, die keinen Anstand gegenüber den Frauen kannten, muß eine wahre Qual gewesen sein. Der „Kommandant“ und einige seiner Spießgesellen, Fabrikarbeiter des Ortes, machten sich in den Räumen unmittelbar vor denen ihrer Opfer breit. Die Mannschaften, Verbrechergestalten, wie sie durch Revolution an die Oberfläche kommen, betraten zu jeder Tageszeit, vielfach stark betrunken, den Aufenthalt der kaiserlichen Familie, die sie durch unflätige Vertraulichkeiten plagten. Wenn die Bettlagerswerten bei Tisch saßen, griffen die Unholde mit ihren schmutzigen Fingern in die Schüsseln und reichten über die Köpfe ihrer Opfer hinweg. Besonders die Zarin war ihren Quälereien ausgesetzt; ihr Sessel wurde in der Weise umringt, daß sie bei jeder Bewegung mit den übertriebenen Körpern ihrer Peiniger in Berührung kommen mußte. Den Gefangenen war nur eine Viertelstunde Aufenthalt im Freien täglich gegönnt, keine körperliche Betätigung. Der Kaiserin erging es gesundheitlich sehr schlecht. Als Kommandant erschien Jankel Jurovsky, der Sohn eines jüdischen Sträflings und einer der Führer der örtlichen Geheimpolizei. Mit ihm war eine Anzahl der sogenannten Letten eingezogen, die der Bericht der „Times“ indes als Madjaren, darunter einige germanisierte dieses Stammes, bezeichnet. Am 16. früh, neun Tage vor der Ankunft der tschechischen Truppen, die der Regierung von Omsk dienten, traf Jurovsky seine letzten Anstalten zum Morde.

Kurz nach Mitternacht (Sonnenzeit) begab sich Jurovsky in die Gemächer der Gefangenen, die im Schlaf lagen. Er weckte sie mit der Erklärung, dringliche Umstände erforderten ihre Entfernung; in der Stadt seien Unruhen ausgebrochen, wodurch ihr Leben gefährdet werden könne, deshalb sollten sie sich gleich ankleiden und hinuntergehen. Sie wuschen sich und kleideten sich an; die Großfürstinnen legten die Kleider mit den eingenähten Kostbarkeiten an; das eine oder andere Mitglied der Familie nahm ein Kissen mit, sei es für die Bequemlichkeit, sei es, weil Juwelen darin verborgen waren. Jurovsky geleitete die Familie die Treppe hinunter. Alexis konnte nicht gehen; sein Vater hobte ihn unter die Arme. Dr. Botkin kam gleich nach der Familie, dann die Kammerjungfer Demidowa, der Koch Harlitenow und der Diener Trupp. Da einzelne Teile des Hauses versperrt worden

waren, um die „russische“ Wache fernzuhalten, mußte man über den Hof, um in das Untergeschoß zu gelangen, wobei die Opfer im Hofe an der Karre vorbeilamen, die ihre Leichen nach dem Massengrab bringen sollte, wovon sie keine Ahnung hatten. Jurovsky hatte die Führung. Er geleitete die Gefangenen durch die sämtlichen Räume des Untergeschosses, in welchem sich nur mehr „Letten“ befanden, bis in den kleinen Gang, dessen kleines vergittertes Fenster auf die Straße ging, vor welchem ein Soldat mit einem Maschinengewehr aufgestellt war. Dieser Mann konnte genau sehen, was im Innern vorging, namentlich als Licht für die „Hinrichtung“ gemacht wurde. Dem Fenster gegenüber führt eine Tür in einen kleinen Raum, dessen Fenster nach der höher gelegenen Straße stark vergittert war. Auch hier stand eine Schildwache, die hineinsehen konnte. Der Raum hatte der Wache als Schlafraum gedient.

Die Mitglieder der kaiserlichen Familie und ihr Gefolge wurden in diesen Raum gebracht; man bedeutete ihnen, sie sollten warten. Sie hatten keinen Verdacht, daß sie in eine Falle gegangen waren. Da der Raum ohne Möbel war, ersuchte der Zar um einige Stühle; die Kaiserin und der Zesarewitsch sollten sitzen. Es wurden drei Stühle gebracht. Der Zesarewitsch kam in die Mitte des Raumes zu sitzen, der Zar nahm neben ihm Platz. Ein Kissen diente zur Stütze Alexandras, zwei andere hielt die Demidowa im Arm. Der Zar und sein Sohn hielten die Mützen auf, da sie glaubten, jeden Augenblick wegzukommen; sie nahmen an, daß die zu ihrer Beförderung bestimmten Fahrzeuge noch nicht angekommen seien und der Karren im Hofe für das Gepäck dienen sollte. Zur Rechten der Kaiserin, die an der Mauer bei dem Gang Platz genommen hatte, standen drei ihrer Töchter, links die andere und die Kammerjungfer. Fast sofort drängten sich in die zu dem Gang gehende Tür Jurovsky, seine Freunde Nikulin, Tschernomow, Waganow, Medwedew und sieben von den „Letten“, während drei weitere von diesen auf Wache blieben. Es waren der Mörder zwölf, jeder mit einem Revolver bewaffnet. Jurovsky trat in den Raum und richtete an den Zaren folgende Worte: „Ihre Verwandten haben versucht, Sie zu retten. Da Sie das nicht vermochten, sind wir selbst genötigt, Sie zu erschließen.“ Darauf knallten die zwölf Revolver und die Opfer fielen zu Boden. Der Tod war bei den Eltern, dreien der Kinder und Dr. Botkin sowie zweien der Diener sofort eingetreten, während der Zesarewitsch noch wimmerte. Jurovsky gab ihm den Gnadenschuß. Eine der Großfürstinnen, wahrscheinlich die jüngste, Anastasia, lief schreiend umher, und als einer der Mörder sich ihr näherte, rang sie verzweifelt mit ihm, bis er sie tötete. Es scheint, daß die Mörder außerstande waren, gerade auf die Mädchen und den Knaben zu zielen; auch ihre verhärteten Herzen hatten gewankt. Die Demidowa hielt es am längsten aus, wohl wegen der Kissen, welche die Geschosse auffingen. Bei dem ersten Feuer wurde sie nicht getroffen; auch sie lief im Zimmer umher, bis sie von einigen Letten mit dem Balonett niedergemacht wurde. Sie war das Opfer eines Mißverständnisses, da die Mörder sie für eine Hofdame hielten, statt für ein einfaches Bauernmädchen. Wenige Minuten, nachdem die Opfer den Raum betreten hatten, war es aus. Der Flur und die Mauern mußten sofort vom Blute gereinigt, die Leichen entfernt werden.

Der Berichterstatter erzählt eingehend, wie die Leichen an die Beerdigungsstätte, wenn man von einer solchen reden darf, gebracht, wie sie dann in Stücke zerschnitten, mit Benzin und anderem Brennstoff begossen und verbrannt wurden, und die Asche in die Grube geworfen wurde; wie dann ein Jahr nachher der Untersuchungsrichter bei der Ortsuntersuchung den ganzen Hergang erkannte, und namentlich die wiederaufgefundenen Juwelen Zeugnis von der grausigen Tat ablegten. Ferner

stellt der Schreiber den Widerspruch ins Licht, der sich aus den Tatsachen einerseits und den verlogenen Moskauer Darstellungen und Verkündigungen andererseits ergibt. Wir brauchen auf diese Einzelheiten nicht näher einzugehen, da viele längst bekannt sind, und folgen dem Bericht in der Schilderung des Endes der übrigen Mitglieder des Kaiserhauses, elf an der Zahl.

Der Tod der Großfürsten.

Der Bruder des Zaren, Michael Alexandrowitsch, den Nikolaus bei seiner Abdankung zu seinem Nachfolger bestimmt hatte, war während der ersten Zeit der bolschewistischen Herrschaft auf seinem gewöhnlichen Sitz in Gatschina verblieben, wo er im März 1918 aufgegriffen und nebst seinem Sekretär Johnson — trotz dem englischen Namen ein Russe — und dem Gendarmenleutnant Znamerowsky nach Perm gebracht wurde. Dort verweilten die drei Gefangenen zwei Monate. Gräfin Brassowa, die morganatische Frau des Großfürsten, kam mit ihren Kindern und Frau Znamerowsky Mitte Mai zu Besuch nach Perm. Die Gräfin konnte dann nur durch List wieder entkommen. Die Kommisare der Bolschewisten erklärten ihr, das Los ihres Gatten liege in Moskau. Dorthin begab sich die Frau, in der Hoffnung, die roten Hauptlinge zu erweichen. Lenin selbst griff in die Entscheidung ein, die dahin ausfiel, daß der Großfürst nicht weg dürfe. Frau Znamerowsky war in Perm geblieben. Dort vernahm sie den Tod ihres Mannes, dessen Schicksal sie später teilte. Gräfin Brassowa wurde verhaftet, es gelang ihr jedoch, ins Ausland zu entkommen. Der Großfürst und Johnson wurden am 16. Juni 1918 von vier Leuten der Permer Miliz oder Polizei aus ihrem Gasthof weggeführt und verschwanden auf immer wiedersehen.

In Perm hatten zahlreiche andere Mitglieder des Romanowschen Hauses ihren Zwangswohnsitz: die allgemein beliebte Großfürstin Zelisameta, Schwester der Kaiserin, der aller Politik fernstehende Großfürst Sergei Michailowitsch, Prinz Igor, Prinz Johann, Prinz Konstantin, die drei flüchtenden Söhne des Großfürsten Konstantin Konstantinowitsch, die ebenfalls der Politik ganz fernstanden; ferner der Prinz Wladimir Pawlowitsch Palei, ein Sohn des Großfürsten Paul Alexandrowitsch und Stiefbruder des Großfürsten Dimitri Pawlowitsch, ein 17jähriger junger Mann, der eine hohe dichterische Begabung an den Tag gelegt hatte. Prinz Johann war mit der Prinzessin Elena von Serbien verheiratet, die nach dem Ural geübt war, um das Los mit ihrem Gatten zu teilen. In Jekaterinburg vernahm sie, die Gefangenen von Perm litten Not; sie war daher entschlossen, ihnen zu helfen, wurde aber gegen ihre Erwartung von den Bolschewisten verhaftet und befand sich noch an demselben Ort, als der Zar und die Seinigen ermordet wurden. Sie teilte ihre Gefangenschaft mit einigen Personen vom kaiserlichen Hofstaat: der jungen Gräfin Anokasja Henritowa, Fräulein Schneider und dem Diener des Zaren, Wolkow. Als die Bolschewisten vor den heranrückenden Weißen Garden die Stadt räumen mußten, wurden die fürstlichen Gefangenen mit samt ihren Begleitern nach Perm gesandt, wo ersterer auf Befehl von Moskau genau 24 Stunden nach der Ermordung Nikolaus' und der Seinigen niedergemacht wurden. Die Romanows waren nach der Ankunft in Perm nebst der Begleiterin der Großfürstin, der Nonne Warawa, und Herrn S. M. Remes, dem Geschäftsführer der Prinzen, in der Dorfschule von Mappewsk in der Nähe von Perm untergebracht worden. In der Nacht des 17. Juli erzählten auf Geheiß Jurowskys ihre Wärter ihnen, daß ihnen wegen des Nahens der Tschechoslowaken Gefahr drohe, und daß sie deshalb nach den Einrichtungsgegenständen gebracht würden. Alle fügten sich und gingen ohne Verdacht mit. Man fand für gut, etwas anderes als in Jekaterinburg vorzugehen. Die Opfer nahmen in Tarantassen Platz

und wurden nach Norden gefahren. Nach etwa 12 Kilometer Fahrt wurde in einem Wald Halt gemacht, wo sich eine Anzahl verlassener Eisengruben befand. Hier wurden die Opfer getötet und die Leichen in die Schächte geworfen. Im Oktober 1918 wurden die Reste von einigen erkannt.

Aber ein halbes Jahr darauf geschah an den Großfürsten Paul Alexandrowitsch, Dimitri Konstantinowitsch, Nikolai Michailowitsch, dem Historiker, und Georg Michailowitsch ein anderes schreckliches Verbrechen. Am 29. Januar 1919 wurden alle in der Peter-Paul-Festung, wo sie seit einiger Zeit gefangen waren, von den Roten Garden mit Revolvern niedergeschossen. Von den Gefangenen, die von Jekaterinburg nach Perm gebracht wurden, 36 im ganzen, berichtet der Diener Wolkow, daß die Prinzessin Elena sie verließ; es war der serbischen Regierung gelungen, sie freizubekommen. Am 3. September 1918 wurden die Gräfin Henritowa, Fräulein Schneider und Frau Znamerowsky nebst Wolkow von 22 Petter und Madjaren, wie sie bezeichnet werden, abgeführt, und zwar, wie ihnen vorgemacht wurde, nach einem anderen Gefängnis. Unterwegs erkannte Wolkow, daß es einer logen Hinrichtung galt, und riß aus. Ihm nachgesandte Schüsse verwundeten ihn. Nach 43 tägiger Wanderung stieß er zu den Weißen. Die durcheinanderliegenden Reste der genannten beiden Frauen wurden im Sommer 1919 erkannt und begaben. Von Tatitschew und Dolgoruki war weiter nichts festzustellen, als daß der erste erfuhr, er solle auf Befehl der Räte nach der Provinz Ufa gebracht werden, während Dolgoruki längere Zeit im Gefängnis von Jekaterinburg blieb, wo ihn der britische Beamte Presten häufig besuchte und ihm Viderung verschaffte, was später verboten wurde. Dolgoruki verschwand dann ohne weitere Spur.

Goethe und Schiller als sozialdemokratische Parteimitglieder.

Der sozialdemokratische Jugendverband hat dieser Tage in Weimar tagt und die Verbandsleiter benutzten diese Gelegenheit, um Schiller und Goethe zu roten Parteimitgliedern umzufassen. Sie nannten das klassische Weimar „unser Rütli“, im „Vorwärts“ wird im Anschluß an die auf dem Verbandstag gehaltenen Reden erzählt, „das reinste, edelste Menschentum, das in Weimar verkündet worden ist“, finde „im Sozialismus seine höchste Ausdrucksform“. Die sozialdemokratischen verheiraten Jungen legten an Goethes Geburtstag einen Kranz am Goethe-Schiller-Denkmal nieder und sangen dabei Parteilieder. Nach dem „Vorwärts“ sollen diese schon im jugendlichen Alter ins rote Lager verschleppten Knaben „die Verkünder jenes reinen, heiligen Menschentums sein, das Goethe einst gelehrt hat“.

Dem großen Unfug muß man mit aller Schärfe entgegenreten und der Wahrheit zu ihrem Rechte verhelfen. Schiller hat in seinem „Liebe von der Glode“ die Untaten der französischen Revolution, die durch die Vorgänge in Deutschland seit dem 9. November 1918 schon vielfach übertroffen sind, unzweideutig gebrandmarkt und gegen gewalttätige Staatsumwälzungen entschiedene Stellung genommen. Er hat im „Demetrius“, im „Tell“, in der „Jungfrau von Orleans“ und anderen Werken seiner Volkreihe die auf die Spitze getriebene Demokratie, wie sie uns, in erster Linie durch die Sozialdemokratie, beschert worden ist, so scharf wie nur möglich abgelehnt und die von den internationalen Sozialdemokraten jederzeit bekämpfte entschieden vaterländische Auffassung vertreten.

Geradezu ungeheuerlich ist das Unterfangen, Goethe den sozialdemokratischen Parteimitgliedern aufzuprägen. Am 20. Oktober 1830 bemerkt der Altmeister gegenüber Eckermann, der ihn nach seiner Meinung über die Saint-Simonisten, die damaligen Vertreter des Sozialismus, gefragt hatte: „Jene Lehre erscheint mir durchaus unpraktisch und unausführbar, sie widerspricht aller Natur, aller Erfahrung und allem Gang der Dinge seit Jahrhunderten.“ Den Kern der wie-

derhofften eingehenden Äußerungen Goethes über die Revolution bildet seine ebenfalls von Eckermann berichtete Bemerkung vom 27. April 1825: „Jedes Gewalttätige, Sprunghafte ist mir in der Seele zuwider, denn es ist nicht naturgemäß.“ Seinen eigenen politischen Standpunkt kennzeichnet Goethe am 3. Februar 1830 gegenüber Soret durch die Worte: „Dumont ist eben ein gemäßigter Liberaler, wie es alle vernünftigen Leute sind und sein sollen und wie ich selber es bin und in welchem Sinne zu wirken ich während eines langen Lebens mich bemüht habe.“ In Goethes Siegesfestspiel (nach der Befreiung Deutschlands von der napoleonischen Fremdherrschaft) „Des Epimenides Erwachen“ heißt es: „Siegen oder Fallen! ist, was alle Völker schuf“ — ein klarer Ausdruck der sozialdemokratischen und sonstigen „Pazifisten“ noch immer nicht aufgegangenen Erkenntnis, daß der Kampf der Völker ums Dasein den Inhalt der Weltgeschichte ausmacht, ob es uns gefällt oder nicht. Vor kurzem hat Frenzel in seinem Buche „Goethe unser Führer“ durch hunderte von Ausprüchen aus Goethes Werken, Briefen und Gesprächen nachgewiesen, daß der große Dichter, Denker und Staatsmann, wenn er heute lebte, den Sozialismus, die Sozialisierung, die überdemokratische Republik und die sonstigen „Errungenschaften“ der „glorreichen Revolution“ mit aller Entschiedenheit verwerfen würde. Wenn die Sozialdemokratie Goethe und Schiller für sich in Anspruch nimmt, so fügt sie damit den vielen Lächerlichkeiten, die sie neuerdings bereits zutage gefördert hat, eine besonders groteske hinzu. Und wenn an Nietzsches Goethe-Schiller-Denkmal wieder wie „Mit uns geht die neue Zeit“ oder „Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!“ gesungen werden und Goethes Standbild mit einer großen roten Schleife behängt wird, so sind die beiden Unsterblichen freilich wehrlos gegen solche Geschmacklosigkeiten und die Versündigung an den armen, ungebildeten jungen Menschen, die man dazu mißbraucht, ist frevelhaft, aber die roten Drahtzieher selbst zeigen durch solchen Unfug besonders einleuchtend, was Geistes Kinder sie sind, und tragen dadurch wider Willen zur Auffklärung weiterer Kreise und damit schließlich zur Herbeiführung einer besseren Zeit bei.

Analogien.

Der Deutsche erfreut sich eines guten Schicksals. Das hat große Vorzüge und einige Nachteile. Zu den Nachteilen gehört, daß er nicht einfach unbefangene eine Situation anfieht, wie sie wirklich ist, sondern sogleich in seinem Gedächtnis nachschlägt, wie die Geschichte in ähnlichen Fällen verlaufen ist (wobei er es mit der Prüfung der Gleichartigkeit der Lage nicht übermäßig genau nimmt), daraus folgert, daß sich jetzt alles ebenso entwickeln werde und sich beruhigt. Er weiß ja, wie es kommen wird. Denn er hat nicht nur seine Geschichte gelernt in der Schule, er ist auch etwas pedantisch ordnungsliebend (obwohl es jetzt fast verwegen ist, dies von ihm zu behaupten) und so wendet er unbedenklich das, was er von unabänderlichen Naturgesetzen gehört hat, auch auf Gesetzmäßigkeit der Geschichte an, überzeugt, daß der Ablauf der geschichtlichen Ereignisse sich auf immer gültige Formeln bringen lasse. Es ist begreiflich, daß er die Tatsachen der Geschichte dabei auf so einfache Linien bringt, daß sie beinahe schon nicht mehr richtig sind. 3. B. 1806 war Preußen besetzt, von einem übermächtigen Feinde zerschmettert, dann kam 1813, das Volk erhob sich zu glänzenden Siegen und neuer Größe. 1918 waren wir einer übermächtigen Koalition erlegen, vernichtet, also werden wir nach einigen Jahren des Elends eines neuen Aufstieges sicher sein. Das ist schon fast ein Axiom, eine apodiktische Gewissheit, nicht etwa eine Möglichkeit, die eine Forderung in sich schließt. Ähnliche Gedankengänge lassen sich vielfach aufzeigen. Die Erinnerung an die finstere Zeit der Reaktion, der Karlsbader Beschlüsse, der Demagogenvorfälle, die auf die Freiheitskriege folgte, hat die Brust manches aufrechten Demokraten bedrückt während der ersten Kriegsjahre, ihn mit einem Siegel der deutschen Waffe zugleich ein Erstarken des Militarismus, d. h. des Junkertums, d. h. der Reaktion befürcht-

ten lassen, und damit waren denn alle Schreckgespenster da, und lähmten, ihm oft unbewußt, den unbedingten Willen zum Siege. Es zeigte sich immer wieder, daß wir sehr bereit sind, Geschichte und aus der Geschichte zu lernen, freilich oft ohne genügenden historischen Sinn, daß wir aber nicht ebenso gewillt sind, selbst Geschichte zu machen. Und darauf kommt es an.

Spätsommer.

Noch ein verspätet Vogelzwitschern
Im fruchtbehangenen Gäßchen.
Am Rain die Zirpengeigen spielen
Zum Rehraus nach dem Sommerfeste.

Die Rose, die zum Scheidegrüße
Der Sommer uns, zum letzten, brachte,
Schaut träumend auf die roten Ästern
Und merkt, daß sie zu spät erwachte.

Und überm Wald schon, hoch im Blauen
Die weißen Fäden sich verweben.
Die ersten braunen Blätter rascheln
Am den verwachsenen Waldweg schweben. —

Du suchtest meine Hand im Gehen
Und hieltst sie fest als wie beim Scheiden.
Ein spätes Glück ist uns geworden,
Ein später Sommer lacht uns beiden.

So wollen wir die letzten Tage
Der Sommerfülle recht genießen
Und reichen Vorrat für den Winter
In Herze und Gemüte schließen.

Adolf Wurmbach.

Aus Welt und Zeit.

Französische Bümmelei.

Nach einer Havasmeldung soll der französische Pflegerleutnant Pougeol beim Verlassen des Hotels Marquard vom Portier ohne Ursache ins Gesicht geschlagen worden sein. Der wahre Sachverhalt dieses Vorganges ist jedoch folgender: Die Frau des Leutnants hatte das Hotelpersonal in gemeinster Weise beschimpft, weil sie eines Tages kein Futter für ihren Hund bekommen konnte. Der Betriebsrat des Hotels hatte daraufhin einstimmig beschlossen, dem Leutnant und seiner Frau die Bedienung zu verweigern, und hatte verlangt, daß beide das Hotel zu verlassen haben. Die Kontrollkommission hatte dem zugestimmt. Beim Verlassen des Hotels lehnte der Leutnant die Bezahlung einer Rechnung für mutwillige Beschädigung ab. Als ihm ein Portier das Gepäck als Sicherheit abnehmen wollte, versetzte ihm der Franzose einen Schlag ins Gesicht. Der Portier setzte sich zur Gegenwehr und bogte, wobei der Franzose nach dem Revolver griff. Um weitere Folgen zu vermeiden, verschwand der Portier.

Das Verfahren gegen den Pfarrer Traub.

Wie die „München-Mugsburger Abendzeitung“ erfährt, ist das Verfahren gegen D. theol. Pfarrer Traub vom Reichsgericht eingeleitet worden. Er hatte sich weder an der zivilen, noch militärischen Vorbereitung des Kapp-Unternehmens beteiligt, war dann aber im letzten Augenblick dem Rufe Kapps gefolgt, da er es für seine sittliche Pflicht und ein Gebot der Ehre und des Anstandes hielt, dem Vaterland in der Stunde der höchsten Not mit bestem Willen zu dienen. In dem ihm angebotenen Kultusministerium hat er keine Amtshandlung vorgenommen. Desto unglaublicher und häßlicher, so bemerkt das genannte Blatt, war das Verhalten des Reichstages, der Traub die Immunität verweigerte, die er sonst manchem Volkswortführer und Volkseroberer ohne jeden Anstand gewährt hat. Traub hatte auf den Rat seiner Freunde die Heimat verlassen; er lebte in aller Zurückgezogenheit im Ausland. Hoffen wir, daß er bald wieder nach Deutschland zurückkehren und seinem Volk und Vaterlande noch manchen wertvollen Dienst leisten wird.

Bismarck kannte Frankreich.

In seiner berühmten Reichstagsrede vom 11. Januar 1887 sagte Bismarck: „Wir müssen vorbereitet sein, den historischen Prozeß zwischen Frankreich und Deutschland wieder aufleben zu sehen. Unterschätzen Sie nicht Frankreichs Macht. Dort lebt ein kriegerisches, tapferes Volk, und es ist ein Zufall, daß wir ihm 1870 überlegen waren. Wenn wir unterliegen, der Feind vor Berlin stünde, wie wir vor Paris, die Franzosen wären nicht die gemäßigten Sieger, wie wir es waren. Sie würden uns bis zur Blutleere zu Boden lassen. Der Krieg von 1870 wäre ein Kinderspiel dagegen. Nicht vor einem Menschenalter dürften wir uns aufrichten.“ Bismarck hat recht behalten. Die Franzosen kennen keine Grenzen in der Ausnützung ihres „Sieges“, und darum ist der historische Prozeß zwischen uns und ihnen auch nicht zu Ende.

5000 Tonnen Heringe sind im Stettiner Hafen verkauft.

weil die Hafenarbeiter sich weigerten, die Dampfer zu entladen. Auf die Weigerung der Hafenarbeiter, ihren streikenden Genossen in Königsberg „in den Rücken zu fallen“, wurden Verhandlungen eingeleitet; Arbeitslose sollten die Dampfer entladen, verlangten jedoch für den Tag die Kleinigkeit von — 54 Mark. Die technische Nothilfe, die sich zur Verfügung stellte, um die wertvolle Ladung nicht verkommen zu lassen, wurde so lange in Reserve gehalten, bis die Schiffsladung zum Himmel stank.

Ein Landesverräter.

Das Reichsgericht verurteilte den Bergarbeiter Josef Bucht aus Wattencheid wegen verführten Landesverrats zu drei Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust unter Anrechnung von einem Jahre und sechs Monaten der erlittenen Untersuchungshaft. Bucht war im April 1917 als Heizer auf einem deutschen Schiff nach Rotterdam gekommen und hatte dort dem englischen Spionagebureau Nachrichten über Abfahrt, Benennung und Weg des Schiffes gegen Bezahlung übermittelt. Das Gericht sah einen minder schweren Fall als vorliegend an.

Brandmarkung von Verrätern.

Die Münchener Polizeidirektion will in Zukunft durch öffentliche Brandmarkung alle Personen an den Pranger stellen, die der Ententekommission in Bayern Angeberdienste leisten. Mit der Veröffentlichung der Namen solcher Verräter ist bereits begonnen worden. — In Bayern hat man somit nicht mehr vor, sich weiterhin von landesverräterischem Pöbel schädigen zu lassen. Bayern in Deutschland voran.

„Nationale Arbeit“ der französischen Filmfabriken.

Es ist jetzt bewiesen worden, daß die große französische Filmfabrik „Pathe freres“, die vor 1914 auch in Deutschland den Markt regierte, schon 1909 eine Anzahl von Grenelfilmen hergestellt hat, die die Preußen bei der Verübung von Schandtaten schrecklichster Art zeigten, und daß sie diese Filme zur Erzeugung von Deutschenhaß in Italien, England, Belgien und in der Schweiz vorführte.

Die ungeheuren Kosten der Zwangswirtschaft.

Auf dem Verbandstage der Bäckermeister Deutschlands in Frankfurt a. M. wurde festgestellt, daß allein die Herstellung der Brotkarte eine Milliarde verschlingt und die Zwangswirtschaft jährlich insgesamt 14—15 Milliarden kostet.

„Zeitgemäß.“

Der Lichtenberger Magistrat hat beschlossen, das Hindenburgswert und die Mörser in der Möllendorfsstraße gegenüber dem Rathaus seitens

der Stadtverwaltung entfernen zu lassen. Ferner wurde einem Vorschlage zugestimmt, der die Umarmung des verwendbaren Fahmentuches der Schulverwaltung zu Fahnen in den neuen Reichsfarben und die Verwendung der Rahmen der Kaiserbilder für andere Bilder vorsieht.

Eine wirksame List.

Ein Kölner Bürger suchte lange eine neue Wohnung. Alle seine Bemühungen waren vergebens. Schließlich versiel er auf einen Trick. Er ließ in die Zeitung setzen: „Amerikaner sucht leere Wohnung.“ Der „Amerikaner“ zog. Während dem Landmann nicht eine einzige Wohnung zur Verfügung stand, wurden dem „Amerikaner“ auf der Stelle zehn leere Wohnungen angeboten, die dem Wohnungsamt zur weiteren liebevollen Behandlung angegeben wurden.

Sozialismus.

Vom Genfer Sozialistenkongreß vor wenigen Tagen entwirft Viktor Adler im Berliner Tageblatt folgendes anmutige Bildchen:

„Ganz unpolitisch muß zu dem Sozialistenkongreß eine Anerkennung wiederholt werden, die schon vor zwei Jahren in Bern gemacht werden konnte: nämlich, daß der Sozialismus eine immer elegantere Sache wird. Bei den Engländern wenigstens, den Belgiern, Dänen. Die Deutschen sind schon durch die Baluta vor Geschmacklosigkeiten geschützt. Also diese englischen Kohlenarbeiter, die zum Kongreß nach Genf kamen, wohnten einfach im Hotel Beaurivage. Dieses Hotel, das im Badeort an erster Stelle steht mit einem Sternchen, liegt am Rat und hat eine Terrasse nach dem See zu. Wenn jetzt die einfachen Bürgerleute des Abends vorübergingen, konnten sie zu diesen Grubenarbeitern aufschauen, die in Roding Chairs lagen und ihren Koffa schlürften. Wie die Herren dort untergebracht waren, kann ich nicht schildern, da ich nur selten in so vornehmen Hotels gewesen bin und sie nicht sehr liebe. . . Jetzt sehe ich hier im Büfett des Saales von Maindala, wo der Kongreß stattfindet, es ist Nachmittag, und die Sozialisten sowie die Sozialistinnen sind mit ihrem Tee beschäftigt. Geheimräthliche Gesichter glänzen, runde Bäuchlein bewegen sich zierlich, und brillantengeschmückte Damenhände halten die Zigarette.“

Warum auch nicht — aber was sagen dazu die deutschen Genossen?

Aus der Partei.

Die Neuorganisation der staatlichen Polizei und des Reichs.

Der Abg. Dr. Marek hat folgende kleine Anfrage an die Reichsregierung gerichtet:

Der Preussische Minister des Innern hat Presse-nachrichten zufolge eine Kommission eingesetzt, die für die Neuorganisation der staatlichen Polizei Vorschläge ausarbeiten soll. Als wichtigstes Mitglied der Kommission wird ein Regierungsrat Abegg genannt, von dem behauptet wird, daß er ein Vertrauter und Mitarbeiter der früheren Polizeipräsidenten Eichhorn gewesen sei, und der als Vertrauensmann der radikalsten Linksparteien gilt.

Die Kommission, und insbesondere Regierungsrat Abegg, stehen in scharfem Gegensatz zu den bisherigen leitenden Kreisen der staatlichen Polizei. Diese Kreise haben begründeten Anlaß zu der Besorgnis, daß ihre Auffassungen über die notwendige Ausgestaltung des Polizeidienstes geistlich unbeachtet gelassen werden. Es wird davon gesprochen, daß innerhalb der Kommission Pläne, wie die Heranziehung organisierter Arbeiter zum Polizeidienst erwogen werden, daß man die alten bewährten Offiziere und Unteroffiziere, die die Sicherheitspolizei gegründet haben, ausschalten, oder wenigstens in ihrem bisherigen Einfluß wesentlich beschneiden will, und daß man bereit ist,

in der ganzen Frage der Neuorganisation dem Willen der Entente weiter entgegen zu kommen, als es unbedingt notwendig ist. Es wird überhaupt befürchtet, daß durch die geplante Art der Neuorganisation der Polizei die Schlagfertigkeit und Zuverlässigkeit der Polizeitruppe auf das Schwerste beeinträchtigt werden, und damit jenen politischen Kreisen in die Hände gearbeitet wird, die zur Durchsetzung ihrer umstürzlerischen Pläne die weitere Untergrabung der Staatsautorität betreiben.

Das Reich hat ein Lebensinteresse an der Erhaltung der inneren Ruhe und Ordnung und deswegen an dem Bestande einer unbedingt zuverlässigen Polizei. Da das Reich auch vier Fünftel der Kosten der Polizei trägt, hat es ein Anrecht darauf, daß die Neuorganisation der Polizei unter Wahrung der Interessen des Reiches erfolgt.

Ich frage die Reichsregierung, welche Schritte getan sind, um sicherzustellen, daß zum Schutz von Ruhe und Ordnung eine zuverlässige und schlagkräftige Polizei erhalten bleibt. Ich begnüge mich mit einer schriftlichen Antwort.



Siegen-Süd. Der Vorstand der Bezirksgruppe Siegen-Süd hielt im Laufe des Monats August eine Sitzung ab, die gut besucht war. Außer einer politischen Aussprache beschäftigte man sich mit der Vorbereitung von Vorträgen, öffentlichen Versammlungen, Mitgliederversammlungen und Unterhaltungsabenden. Näheres darüber wird noch bekannt gegeben.

Eisfeld. Die Gründung einer Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei ist am 27. August gestiftet worden. Der Vorstand setzt sich, wie folgt, zusammen: Vorsitzender: Ingenieur Karl Tedenberg, Treiburgstr. 3, Schriftführer: Direktor Adolf Steinkeiser, Bahnhofstr. 20, Kassierer: Chemiker Karl Beder. Außerdem sind noch einige Beisitzer gewählt worden. Der Ortsgruppe trat sofort eine große Zahl von Mitgliedern bei. Die eifrige Werbearbeit wird fortgesetzt. Allmonatlich geschieht der Vorstand Mitgliederversammlungen abzuhalten. Außerdem sollen des öfteren öffentliche Versammlungen stattfinden, um auch weite Kreise mit den Zielen der Deutschen Volkspartei bekannt zu machen.

Niedersachsen. Trotz der anerkannt schwierigen Verhältnisse ist es auch hier gelungen, eine Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei zu bilden, deren Vorstand aus folgenden Herren besteht: 1. Vorsitzender: Friedrich Klug, Stellvertreter: Fritz Sanger, Schriftführer: Ernst Bierbrauer, stellvertreter: Ewald Otterbach, Kassierer: Fritz Haus, Stellvertreter: Heinrich Sturm, Beisitzer: Baumeister Stelz, Hermann Burgmann, Johann Brück, Adolf Klotz. In einer demnächst stattfindenden Vorstandssitzung, worauf wir hier schon hinweisen, soll die weitere Arbeit besprochen werden.

Obersachsen. Der Vorstand der hiesigen Ortsgruppe besteht aus folgenden Herren: 1. Vorsitzender: Lehrer Steinkamp, Obersachsen, 2. Vorsitzender und Schriftführer: Kaufmann Karl Udenbach, 3. Kassensführer: Kaufmann Rudolf Zischbach. Der Vorstand der hiesigen Ortsgruppe plant für den Winter verschiedene Vorträge, die noch bekannt gegeben werden.

Müßen. Den eifrigen Bemühungen unserer Freunde im hiesigen Ort ist es gelungen, auch hier eine Ortsgruppe zu errichten, deren Vorstand sich, wie folgt, zusammensetzt: 1. Vorsitzender: Gemeindevorstand Burt, 2. Vorsitzender: Schreinermeister Hermann Bensberg, Schriftführer: Otto Wurmbach, Kassensführer: Wilhelm Thomas, Beisitzer: Drehermeister Hermann Freudenberg I, Anstreichermeister Rudolf Schmidt, Bergmann Robert Klein. Das rege Interesse, das den Bestrebungen der Deutschen Volkspartei entgegengebracht wird, zeigte sich sofort bei der Gründungsversammlung, indem eine stattliche Zahl der Anwesenden sofort der hiesigen Ortsgruppe beitrat.

Dieser vielversprechende Anfang ist ein gutes Zeichen für die weitere Entwicklung.

Freudenberg. Am 8. September fand hier im Hotel Klein eine Versammlung statt, zu der Herr Geschäftsführer Nitschke aus Siegen erschienen war und einen Vortrag hielt, der den Zweck hatte, auch hier eine Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei zu gründen. Die recht gut besuchte Versammlung eröffnete der dortige Vertrauensmann, Herr Landjäger Fuchs, mit einer kurzen Ansprache, in der er den Zweck dieser Versammlung auseinandersetzte und darauf Herrn Nitschke zu seinem Vortrag das Wort erteilte. Herr Nitschke sprach über den Wahlausfall, das Wesen und den Zweck einer Organisation und wies darauf hin, daß es unbedingt notwendig sei, die Freunde der Deutschen Volkspartei in Ortsgruppen zu sammeln. Wenn hier in Freudenberg eine Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei sich gebildet hat, so ist dies hauptsächlich dem eifrigen Werben des dortigen Vertrauensmannes zu danken. Man ersieht aber auch daraus deutlich, was ein einzelner vermag, wenn er mit warmem Herzen und regem Eifer für eine Partei arbeitet. Nach dem Vortrag, zu dem sehr viele Frauen erschienen waren, folgte die Vorstandswahl. Es wurden gewählt: 1. Vorsitzender: Landjäger A. Fuchs, 2. Vorsitzender: Fabrikant Beichler, 1. Schriftführer: Bahnhofsvorsteher Wilhelm Sudhof, 2. Schriftführer: Kaufmann Hermann Schuh, 1. Schatzmeister: Bahnassistent Better, 2. Schatzmeister: Kaufmann Arnold Schneider, Beisitzer: Herr und Frau Franke, Buchhalter Anton Effen und Frau Schneider. Von den Anwesenden zeichnete sich der größte Teil als Mitglieder ein. Wir wünschen dem Vorsitzenden und den Mitgliedern weitere Erfolge bei ihrer Werbearbeit.

Laasphe. Der neugewählte Vorstand der hiesigen Ortsgruppe setzt sich aus nachstehenden Mitgliedern zusammen: 1. Vorsitzender: Rektor Steen, 2. Vorsitzender: Kaufmann August Mittelmann, Schriftführer: Gerichtsekretär Wilhelm Köster, Rechnungsführer: Wilhelm Hoch, Beisitzer: Fräulein Groß, Frau Hinz, Rentant Schäfer, Sattlermeister Franz Schröder und Landwirt Adolf Dugardt. Die hiesige Ortsgruppe hat es verstanden, durch rege Werbearbeit es auf eine große Mitgliederzahl zu bringen. Wie im vorigen Jahre, sollen auch in diesem Winter allgemeine, volkswirtschaftliche, gesellschaftliche und andere Vorträge unsere Mitglieder über die wichtigsten Vorfänge des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens unterrichten. Wir wünschen der Ortsgruppe weitere Erfolge.

Bei Hargreiner, Siegen, Bahnhofstraße, treffen sich jeden Mittwoch von 6-8 Uhr die Parteifreunde an einem Parteikaminitisch; Auswärtige willkommen.

Katholische Eltern vor die Front!

Mit diesem Alarmruf überschreibt das Siegener Rheinische Volksblatt einen Artikel vom 11. September. Was ist geschehen, oder was droht den Katholiken der Stadt Siegen für eine Gefahr, daß sie zum Kampfe aufgerufen werden? Wo steht der Feind? Ein Schulkampf ist ausgedroht! Die Stadtverwaltung der Gegner! Der Tatbestand ist kurz folgender: Für die Zeit des Umbaus des Unteren Schlosses müssen dem Gericht Räume zur Verfügung gestellt werden. Der Magistrat hat nach langem Verhandeln sich gezwungen gesehen, die Schulklassen der katholischen Grabschule dem Gericht während der Umbauzeit des Unteren Schlosses zur Verfügung zu stellen. Die Klassen der Grabschule sollen während dieser Zeit in den evangelischen Schulhäusern untergebracht werden. Das Siegener Rheinische Volksblatt glaubt hieraus die Anfänge einer Simultanisierung zu erkennen und warnt die katholischen Eltern. Schreibt es doch wörtlich: „Daß die Aufhebung dieser Schule und die Unterbringung der Kinder in den Räumen der evangelischen Schulen auch mit dem Gedanken der Simultanisierung zusammenhängt, ist schwer zu

beweisen. Aber die Gefahr ist zweifellos vorhanden. Darum, katholische Eltern, aufgepaßt! Es führt dann noch die Schwierigkeit der Umschulung an, die weiten Wege im Winter, Verteilung der Lehrmittel usw., und fährt dann fort: „Ist es bei Erwägung aller dieser Gründe und Umstände zu verwundern, wenn sich der katholischen Eltern eine große Erregung bemächtigt hat, wenn sie entschlossen sind, den Schulkampf, der uns nun anscheinend leider auch in Siegen angelegt worden ist, mit allen Mitteln durchzulämpfen? Die Stadtverwaltung möge es sich gesagt sein lassen, daß sie kein leichtes Spiel haben wird.“ Die am Montag stattfindende Stadtverordnetenversammlung sollte Gelegenheit bieten, die Stadtverwaltung zu warnen und die Gefahren aufzuzeigen, die den Katholiken angeblich drohen. Herr Stadtverordneter Dr. Münstermann referierte in ruhiger, sachlicher Weise und in überaus vornehmer Form über die Vorlage. Bemerkenswert war es, daß er ausdrücklich erklärte, die Stadtverordnetenfraktion habe mit dem Artikel des Siegener Rheinischen Volksblattes nichts zu tun. Der Herr Bürgermeister legte kurz dar, welche Gründe maßgebend gewesen sind für die Wahl der katholischen Grabschule. Er sprach sein lebhaftes Bedauern aus, daß unsere katholischen Mitbürger unter dieser Umschulung leiden müßten. Nun erwartete man, daß nach dem Artikel des Siegener Rheinischen Volksblattes die Fraktionsredner Sturm laufen würden gegen die Zentrumsfraktion. Das Gegenteil aber trat ein. Alle Fraktionsredner traten mit grüßter Wärme für unsere katholischen Mitbürger ein. Ja, der Herr Stadtverordnete Ziegler glaubte etwas Besonderes zu tun, indem er versicherte, daß seine Fraktion seit langer Zeit das erste Mal mit der Zentrumsfraktion übereinstimme. Was Herrn Stadtverordneten Dr. Münstermann veranlaßte, dieses Übermaß von Wohlwollen seitens der Demokratischen Fraktion kurz abzulehnen.

Wir fragen uns, wozu dieser scharfe Kampf? Katholische Eltern vor die Front! Wenn keine Gefahr vorhanden ist? Wäre es nicht besser gewesen, die Stadtverordnetenverhandlungen erst abzuwarten und dann, wenn ein Grund vorhanden wäre, unsere katholischen Mitbürger aufzurufen? In den heutigen Zeiten tut uns Ruhe not, und nicht Kampf, und man sollte doch alles vermeiden, was unnötige Beunruhigung in weiteste Kreise trägt.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei, Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich G. Steinhäus (Fernruf 472). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5h, sämtlich in Siegen.

Ausschneiden! Ausfüllen!
Postfrei an die Post senden!

Hiermit bestelle ich für die Monate Oktober und November die Wochenchrift

„Der Beobachter“

(Erscheinungsort Siegen).

Das Blatt bitte ich in meiner Wohnung abzugeben — werde ich am Posthalter abholen.

(Nicht Zutreffendes zu durchstreichen.)

Name

Wohnort

Straße

Volkshochschullehrgänge der Stadt Siegen.

1. Studienrat Dr. Karl Roth: Wesen und Werden des deutschen Volksliedes. Dienstags von 8 $\frac{1}{4}$ —9 $\frac{1}{4}$ Uhr abends. Beginn am 21. September.
2. Studienrat Dr. Kruse: Geschichte des Siegerlandes, mit Lichtbildern und Besuch des Museums des Siegerlandes. Mittwochs von 8 $\frac{1}{4}$ —9 $\frac{1}{4}$ Uhr abends. Beginn am 22. September.
3. Magistratsrat Kehler: Aus der Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus. Donnerstags von 8 $\frac{1}{4}$ —9 $\frac{1}{4}$ Uhr abends. Beginn am 30. September.
4. Studienrat Dr. Ludwig: Bau des menschlichen Körpers. Freitags von 8 $\frac{1}{4}$ —9 $\frac{1}{4}$ Uhr abends. Beginn am 24. September.

Die Lehrgänge finden im hiesigen Realgymnasium statt. Änderungen in der Stundeneinteilung, nach Benehmen mit den Hörern, sind nicht ausgeschlossen. Das Hörgeld für eine Vortragsreihe (etwa 12 Vorlesungen) beträgt 10 M. Anmeldungen werden bis zum 15. d. M. im Rathaus Zimmer Nr. 24 erbeten. Schriftliche Anmeldungen können auch bei der Direktion des Realgymnasiums erfolgen. Erörterungen und freie Aussprache über die Vorträge sollen das Verständnis fördern. Auch schriftliche Fragestellung ist willkommen.

Die Leitung der Volkshochschullehrgänge
der Stadt Siegen.

Die Mitglieder und Freunde unserer Partei in Siegen und der näheren Umgebung machen wir hiermit auf die demnächst stattfindenden Volkshochschullehrgänge der Stadt Siegen aufmerksam.

Deutsche Volkspartei.

Kaufmännische Ausbildung

Unterricht in Buchführung, Handelskunde mit Schriftverkehr, kaufm. Rechnen, Deutsch, Bürgerkunde, Wirtschaftsgeographie, Schön-, Rund- und Zierschrift, Kurzschrift und Maschinenschreiben.

Der neue Lehrgang

beginnt am [179]

Freitag, dem 1. Oktober

Ausführlicher Schulprospekt kostenlos.

Kaufmännische
Privatschule
von Karl Wolf in Siegen.

Sämtliche Reparaturen

an

Kraftfahrzeugen all. Systeme

auch stationären Motoren und Bereifungen werden übernommen unter schnellster Ausführung und billiger Berechnung. Auch werden auswärtige Arbeiten an stationären Motoren und Maschinen aller Art, auch Personensfahrten übernommen.

An- und Verkauf von Kraftfahrzeugen und Bereifung.

Automobil- und Motorenwerk — Vulkanisier-Anstalt

Fritz Krüger, Siegen

Wiesenstraße 11. :: Fernsprecher 1308.

DRUCKARBEITEN

ALLER ART WERDEN IN KÜRZESTER ZEIT ERLEDIGT

BUCHDRUCKEREI

G. STEINHAUS, SIEGEN

FERNRUF 472 — KÜLNERSTR. 2 (EINGANG AXESWENDE)

Unterernährte

= Kinder und Erwachsene =
erholen sich

durch den regelmäßigen Gebrauch

von

Dr. Deffer's Eiweiß-Nahrung
Urkraft



Ärztlich empfohlen.
Du hast in Schachteln zu 5 und 10 Mark im Apotheken-Vertrieb, wo nicht, wende man sich an
Frohnbergwerke Deffer & Co. GmbH
Siegenfeld.

Assekuranz-Büro

schnelle und beste Deckung aller
Versicherungs-Arten durch

Fr. Schwunt, Siegen.
Telephon 684.

Brennholz

kaufen laufend [8567]

Geyer & Möbel

G. m. b. H.,

Adln, Stolzestraße 6.

Für Bäcker!

Michael Reßgen,
Baugeschäft für Backöfen,
Königswinter,
empfiehlt sich zum Aufbau von
Königswinterer Öfen, jeder
verb. aus 2 Steinen.
Alle Reparaturen werden prompt
ausgeführt. [1254]

Eine kombinierte
Schreiner-
Hobelmaschine
zu kaufen gesucht. [405]

Beipers & Cie.,
Mittelschiffstraße für Holzguth,
Siegen.

150 Tonnen [1221]

S. M. Bleche

Nr. 19 und 15, 1x2 Meter,
werden zu kaufen gesucht.
Nur billigt gestellte schriftl.
Angebote, welche berücksichtigt
werden, bitte abzugeben unter
S G 249 in der Gesch. d. Stg.

Braunkohlen

für Industrie und Haus-
brand. [819]
Anfr. unter KW 2619 an
Ma-Haasenstein & Vogler, Adln.

Herren u. Damen

zum Verkauf eines gangbaren
Artikels werden gesucht. Hohe
Verdienstmöglichkeit. Gest. An-
fragen wolle man richten an
Fr. Altena, Hagen i. W.,
Selbderstraße 54. [12]

Louis Hees, Siegen

Generalvertrieb
der „Adler“-Schreibmaschinen

Büro-Einrichtungen
:: Geldschränke ::

Emil Neumann
Lührstraße 21
NN

Einrahmung und Kunsthandel

Ständiges Lager in
gerahmten und ungerahmten
Bildern u. Bilderleisten.

„Die deutsche Kontrollkasse“

Registrier- und Kontrollkassen
Spezialhaus

Overmann & Schürmann

General-Vertreter der Anker-Werke A.-G., Bielefeld

Muster-Ausstellung:

DUSSELDORF

Graf Adolf-Straße 41.

Fernsprecher Nr. 1921.

[1473]

Wennemar Gatermann,

Koblenzer Str. 6 Siegen i. W. Koblenzer Str. 6.

In erstklassiger Friedensqualität
liefere ich

sämtliche Lacke, Farben, Öle und
Leinölkit

für Handel, Industrie und Gewerbe.